

Tätigkeitsbericht 2021



Wir stärken Transparenz und Partizipation zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.

Datum: 30.12.2022



| ÜE | BER I | DIE HUMBOLDT VIADRINA GOVERNANCE PLATFORM GGMBH | 3 |
|----|--|--|------|
| 1. | | ALOGE® – EIN DELIBERATIVES DISKUSSIONSFORMAT ZUR FÖRDERUNG DES MOKRATISCHEN STAATSWESENS | 4 |
| | 1.1. | Aktivitäten im Bereich Energiewende | 5 |
| | | 1.1.1. Aktivitäten im Projekt "Kommunale Bürgerbeteiligung in der Lausitz – Geeignete Formazur nachhaltigen Unterstützung des Transformationsprozesses | |
| | 1.2. | Tätigkeiten im Bereich Stadtentwicklung | 8 |
| | | 1.2.1 Bürger*innenbeteiligung per Sprachnachrichten: Modellprojekt Haus der Statistik: "Stimmen auf Knopfdruck" | 8 |
| | 1.3. | Sonstige Aktivitäten | 9 |
| | | 1.3.1 Entwicklung des Forschungsatlas "Sozialer Zusammenhalt" | 9 |
| 2. | FÖRDERUNG VON TRANSPARENZ UND PARTIZIPATION DURCH GLOBALE MULTI-AKTEURS- | | |
| | PAF | RTNERSCHAFTEN | .11 |
| | 2.1. | Förderung von Transparenz des Klimahandelns der G20-Staaten | 12 |
| | | Eindrücke aus dem Climate Transparency Report 2021: | . 14 |
| | | Was hat Climate Transparency 2021 erreicht? | 14 |
| | 2.2 | Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Europa als gemeinsame kommunale Entwicklung | 16 |
| | | Veröffentlichung des Rechtsgutachtens zum Europäischen Integrations- und Entwicklungsfon | d16 |
| | | Veröffentlichung des Buchs "Europa versagt. Eine menschliche Flüchtlingspolitik ist möglich" S.Fischer-Verlag | |
| | | From the Sea to the City | 17 |
| | | Interaktives Mapping Tool | |
| | | Veranstaltungen zum Thema Vernetzung, Kommunen und Aufnahme: | |
| | Wei | itere Publikationen | 22 |

In diesem Tätigkeitsbericht haben wir eine Vielzahl der von uns in 2021 durchgeführten Projekte und Initiativen beschrieben.

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, Sie Fragen zu unseren Aktivitäten oder Ideen für eine Zusammenarbeit haben, freuen wir uns auf Ihre Rückmeldung!

Kontakt:

HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH

Pariser Platz 6, 10117 Berlin

Internet: www.governance-platform.org



Über die HUMBOLDT VIADRINA Governance Platform gGmbH

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Erträge ausschließlich für gemeinnützige Zwecke verwendet werden (gGmbH). Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Berlin.¹

Wir setzen uns für die Förderung von demokratischen Prozessen und durchdachten Governance-Strategien in Deutschland, Europa und der Welt ein. Für uns gehört dazu wesentlich, die Legitimität und Nachhaltigkeit demokratischer Verfahren und Entscheidungen zu stärken, um somit einen Beitrag zur *Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen* zu leisten. Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftsrelevante Entscheidungen nur dann gestärkt und legitimiert werden können, wenn der Austausch zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft verbessert wird. Aus dieser Grundüberzeugung heraus entwickeln wir Governance-Konzepte und Projekte für nachhaltige und gemeinwohlorientierte Lösungen unter der Beteiligung möglichst diverser Perspektiven.

Wir konzentrieren uns dabei insbesondere auf zwei Prinzipien von Good Governance: *Transparenz* und *Partizipation*. Beide Grundprinzipien spielen als identitätsstiftende, vertrauensbildende und gemeinschaftlichkeitsfördernde Elemente eine herausragende Rolle zur Stärkung von Good Governance. Sie beeinflussen das Interaktionsverhältnis aller Akteure. Erst wenn alle Betroffenen und Beteiligten ihre Interessen offenlegen (Transparenz) und sich in einem deliberativen Entscheidungsprozess zu einem bestimmten gesellschaftlichen Problem einbringen können (Partizipation), ist es überhaupt faktisch möglich, einen nachhaltigen Konsens zwischen diesen Interessen auszumachen.

Durch die Nutzung innovativer partizipativer Verfahren, in denen die unterschiedlichen Perspektiven verschiedener Akteursgruppen ausgetauscht werden, wie etwa Multi-Akteurs-Partnerschaften oder die von uns entwickelten Trialoge®, machen wir Argumente und ihre Begründung transparent. Partizipative Verfahren erzeugen jedoch nicht nur durch Perspektivenaustausch eine Transparenz der Argumente; Partizipation benötigt ihrerseits auch Transparenz, d. h. alle relevanten Akteursgruppen müssen Zugang zu relevanten und für die Entscheidungsfindung notwendigen Informationen haben. Nur so können sich die Akteure effektiv in partizipativen Prozessen einbringen. Dies ist umso wichtiger bei großen gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich durch eine hohe Komplexität auszeichnen. Transparenz ist somit eine notwendige Voraussetzung, um ein gemeinwohlorientiertes Zusammenwirken von Politik, Unternehmen, der Zivilgesellschaft und Wissenschaft überhaupt erst zu ermöglichen. Partizipation und Transparenz greifen daher ineinander und sind gemeinsam Voraussetzungen für die nachhaltige Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.

Unsere Aktivitäten beruhen auf dem Ansatz staatliche Akteure, Wirtschaft, organisierte Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien in jeweils unterschiedlichen Formaten mit dem Ziel zusammenzubringen, auf Herausforderungen aufmerksam zu machen, relevante Informationen transparent darzustellen, Konsense zu eruieren und kreative Lösungen gemeinsam zu entwickeln.

¹ Im Folgenden als HUMBOLDT-VIADRINA abgekürzt.



1. Trialoge® – Ein deliberatives Diskussionsformat zur Förderung des demokratischen Staatswesens



Unsere Trialoge sind in der Regel ganztätige Veranstaltungen, die darauf abzielen, gesellschaftliche und politische Diskussionen fair und vertrauensbildend zu gestalten und Entscheidungsprozesse fundiert vorzubereiten. Das Trialog-Konzept ist ein von uns entwickeltes und erprobtes Format des deliberativen Austausches, um den Dialog zwischen Akteuren aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien zu organisieren und auszuwerten.

Durch ein auf Perspektivenvielfalt ausgelegtes Einladungsverfahren und einer öffnenden Moderation wird garantiert, dass eine Vielzahl an Positionen und Anliegen Eingang in die Diskussion finden – unabhängig von divergierenden Machtpositionen. Die Zusammensetzung der Teilnehmergruppe ist ein wichtiger Faktor für das Gelingen eines Trialogs: ein möglichst breites Spektrum an unterschiedlichen und oft auch antagonistischen Perspektiven ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die positiven Effekte der Perspektivenvielfalt im Sinne des Gemeinwohls genutzt werden können. Durchgängig werden bei den Trialogen auch Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen eingeladen, wodurch das bürgerschaftliche Engagement zugunsten gemeinnütziger Zwecke gestärkt wird.

In den Trialog-Veranstaltungen werden die von den Teilnehmer*innen vorgetragenen Positionen und Argumente "deliberativ", also in einem ethischen Diskurs, auf ihre Haltbarkeit bzw. Triftigkeit hin geprüft. In der Moderation der Trialoge achten wir darauf, dass die unterschiedlichen Begründungen miteinander in Bezug gesetzt werden. So entwickeln sich Diskurse, die möglichst breit akzeptierbare Lösungen für politische und gesellschaftliche Fragen sichtbar machen.

Die Ergebnisse eines Trialogs müssen nachvollziehbar sein und nachhaltig auf politische Entscheidungsverfahren einwirken. Zu unserem Trialog-Konzept gehört deshalb auch eine gründliche Aufbereitung der Ergebnisse. Wir ermitteln durch eine methodisch reflektierte qualitative Textanalyse die Schnittstellen der unterschiedlichen Argumentationen. So stellen wir fest, welche Themen, Argumente und Begründungen der unterschiedlichen Akteure tatsächlich aufeinander Bezug nehmen und welches Gewicht Themen und Argumenten zukommt. Unser Ziel ist es, in zumeist öffentlich zugänglichen Berichten valide Grundkonsenskorridore aufzuzeigen, um beispielsweise im Vorfeld politischer Entscheidungen mögliche Wege offen zu legen, die auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz treffen würden.



Im Unterschied zu traditionellen Anhörungen, Lobby-Gesprächen oder Sachkonferenzen bieten unsere Trialoge eine breitere Basis der Erkenntnisse und erhöhen so die Chance auf Nachhaltigkeit. Davon profitieren alle Akteurs-Gruppen. Denn: eine Erkenntnis ist umso haltbarer, je zahlreicher die Perspektiven sind, die in ihr zum Tragen kommen.

Trialoge tragen als Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen zur politischen und themenspezifischen Bildung der Gesellschaft bei. Durch die gemeinsame Erarbeitung von Lösungen zu gesellschaftlichen Fragestellungen mit unterschiedlichen Akteuren stärken sie das demokratische Staatswesen.

Aufgrund der Corona-Pandemie hat die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform in 2021 keine Trialog-Veranstaltungen durchgeführt sondern lediglich vorbereitenden Aktivitäten durchgeführt.

1.1. Aktivitäten im Bereich Energiewende



1.1.1. Aktivitäten im Projekt "Kommunale Bürgerbeteiligung in der Lausitz – Geeignete Formate zur nachhaltigen Unterstützung des Transformationsprozesses

Der Kohleausstieg ist gekoppelt an die Notwendigkeit, unsere Gesellschaft und unser Wirtschaften klimaund ressourcenfreundlicher zu gestalten. Umfragen zeigen, dass ein Großteil der Bevölkerung die klimapolitischen Ziele unterstützt. Doch wenn es an die konkrete Umsetzung geht, werden einzelne Maßnahmen häufig als ungerecht, zu teuer oder zu elitär empfunden. Wie kann es gelingen, dass Bürgerinnen und Bürger diesen weitreichenden Transformationsprozess auch im Konkreten unterstützen – insbesondere in besonders betroffenen Regionen wie der Lausitz?

Dazu beschäftigt sich die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform mit den Chancen und Herausforderungen von Beteiligungsformaten, insbesondere in Kommunen, die wie in der Lausitz stark von Transformationsprozessen betroffen sind. Denn eine Steigerung der Akzeptanz der vor Ort stattfindenden Veränderungen kann nicht allein durch finanzielle Unterstützung erfolgen, sondern beruht auch darauf, dass Bürger*innen die Transformation auch selbst (mit-)gestalten können. Dazu müssen sie an den Entscheidungen zu deren Gestaltung teilhaben, ihre eigenen Ideen einbringen und ihre Wirkmächtigkeit spüren können.

In einem ersten Schritt wurde dazu im vorigen Jahr im **Projekt "Partizipatorische Entwicklungsstrategie für die Lausitz"** (gefördert durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit) erörtert, welche Beteiligungsformate zur Gestaltung der Transformation in der Lausitz



Vertrauen durch Teilhabe schaffen können und wie Kultur und Identität in Strukturwandelprozessen abgebildet werden können.

In einem weiteren Schritt erfolgte im **Projekt "Kommunale Bürgerbeteiligung in der Lausitz"** die Untersuchung und Systematisierung bereits stattgefundener kommunaler Beteiligungsformate im Rahmen einer qualitativen Studie. Gemeinsam mit Vertreter*innen einzelner Kommunen sollte dabei überlegt werden, wie vor Ort die Beteiligung angelegt sein muss, um einerseits übergeordnete politische Ziele umzusetzen, andererseits die Bürger*innen vor Ort an Maßnahmen selbstwirksam teilhaben zu lassen, um die Akzeptanz sowohl für die Transformation als auch für die repräsentative Demokratie zu stärken. Die Ergebnissicherung erfolgt online in einem für die breite Öffentlichkeit <u>zugänglichen Beteiligungsatlas</u>.

März bis Juni | Vorbereitung und Durchführung von 30 semistrukturierten Interviews:

In Vorbereitung auf die Durchführung der Interviews wurde ein Leitfaden entwickelt, der verschiedene Aspekte von kommunaler Bürgerbeteiligung beleuchten sollte. Unter anderem wurden abgefragt: Inhaltliche und strukturelle Ausgestaltung von Beteiligung, Inklusion und Wirkmächtigkeit verschiedener Akteure, Strukturelle Einbindung von Beteiligung (auch speziell in der Lausitz) sowie die Rolle von Nachhaltigkeit.

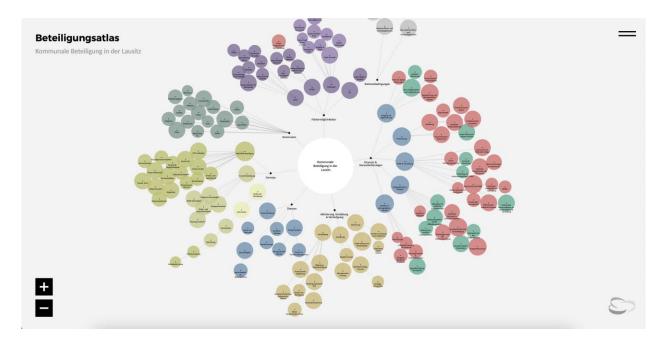
Im Rahmen der Studie wurden insgesamt 30 semistrukturierte Interviews mit 30 Akteuren geführt, die mit Beteiligungsfragen im Strukturwandelprozess in der Lausitz befasst sind. Für eine Vorauswahl der Interviewpartner*innen wurden aktuelle Studien und Webseiten der Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen konsultiert sowie in den Interviews auch im Schneeballprinzip nach weiteren Akteuren gefragt, die in der Region relevante Beteiligungsverfahren mit angestoßen haben. Die Mehrheit der Interviewpartner*innen (21) kamen aus der organisierten Zivilgesellschaft (11) und der Politik & Verwaltung (10), da diese beiden Akteursgruppen vor allem Beteiligungsverfahren initiieren und umsetzen. Zudem wurden jeweils vier Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft befragt.

Alle Interviews wurden digital zwischen April und Juni 2021 mit zwei Personen des Projektteams durchgeführt, wovon jeweils eine Person das Protokoll schrieb. Die Interviewpartner*innen erhielten die Leitfragen vorab. Alle Interviewpartner*innen stimmten einer Audioaufzeichnung zu, die zum Zweck der Verifizierung protokollierter Punkte diente. Die Interviews dauerten zwischen 30 und 65 Minuten.

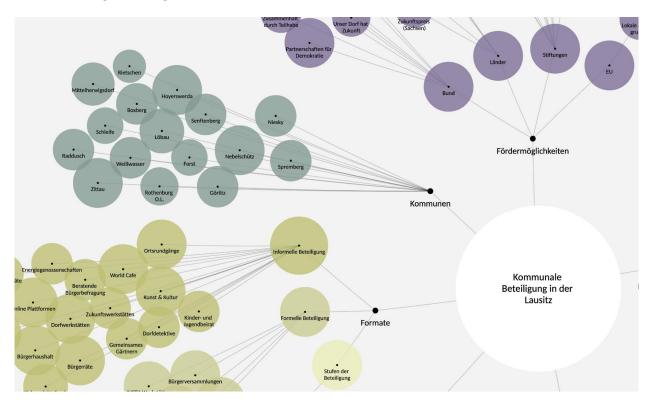
Juni bis November | Auswertung und Visualisierung der Ergebnisse

Die Protokolle der Interviews wurden entsprechend der Leitfragen geclustert und ausgewertet. Bei der Auswertung war insbesondere zu beachten, dass die Ergebnisse im Rahmen eines <u>digital frei zugänglichen, interaktiven Beteiligungsatlas</u> visualisiert werden sollten. Zusätzlich zu den Kategorien, die sich aus dem Leitfragen ergaben wurden deshalb weitere Kategorien und Cluster induktiv aus den Interviewprotokollen abgeleitet.





Für die Visualisierung wurden die Studienergebnisse in insgesamt 156 kleinere Teile aufgegliedert, die als sogenannte "Bubbles" in der Visualisierung in Clustern angeordnet und mit ähnlichen und / oder zusammenhängenden Ergebnissen visuell verbunden wurden.²



Der auf Basis der Interviews erstellte interaktive Beteiligungsatlas kann dabei unterstützen, zukünftige kommunaler Beteiligungsprozesse in der Lausitz erfolgreich zu gestalten, langfristig zu verankern und

² Zum ersten mal wurde diese Art der Ergebnisvisualisierung im Projekt "Zusatznutzen als Treiber der energetischen Gebäudesanierung" angewendet.



Akteure zu vernetzen. Der Atlas ist über folgenden Link aufrufbar: http://viz.governance-platform.org/beteiligungsatlas-lausitz/der-bericht/

Die Ergebnisse wurden zudem in einem begleitenden Abschlussbericht festgehalten.

1.2. Tätigkeiten im Bereich Stadtentwicklung

1.2.1 Bürger*innenbeteiligung per Sprachnachrichten: Modellprojekt Haus der Statistik: "Stimmen auf Knopfdruck"

Das Bürgerbeteiligungsprojekt 'Stimmen auf Knopfdruck' hatte zum Ziel nach über zehn Jahren Leerstand eines Areals an der Berliner Karl-Marx-Allee, dieses gemeinwohlorientiert zu entwickeln— gemeinsam durch Zivilgesellschaft und öffentliche Hand. Auf dem Areal soll in den nächsten zehn Jahren das neue Rathaus für den Bezirk Mitte von Berlin entstehen. Gemeinsam mit der ZusammenKunft Berlin eG und der Medienagentur FREIHEIT Gruppe GmbH veranstaltete die Humboldt Viadrina Governance Platform im Auftrag des Bezirksamtes Mitte von Berlin sowie der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen dazu das Bürger*innenbeteilitungsformat "Stimmen auf Knopfdruck".

konnten Vom 18.01. bis zum 12.03.2021 sich Bürger*innen die Website über www.stimmenaufknopfdruck.de. über Sprachnachrichten direkt in die Unterhaltung über das neue Rathaus für den Bezirk Mitte von Berlin einschalten. Die Bürger*innen sollten sich dabei mit Ideen an der Gestaltung beteiligen - von Fragen der Architektur, über die Interaktion mit der Verwaltung bis hin zur Gestaltung des Rathauses als öffentlicher Ort mit Symbolcharakter. Der Prozess bildete die Basis für den anschließenden Architekturwettbewerb im weiteren Planungsprozess. Angesprochen waren Nachbarschaft, die zukünftigen Nutzer*innen des Rathauses, Fachexpert*innen, Gründer*innen der Initiative und die Pioniere im Modellprojekt Haus der Statistik sowie die gesamte Stadtgesellschaft.

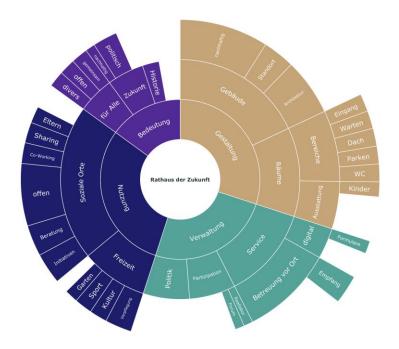
Anhand von offenen Fragen in vier Themenbereichen wurden die Bürger*innen im Beteiligungsverfahren angesprochen: Gestaltung, Verwaltung, Nutzung und Bedeutung. Sowohl online als Sprach- oder Textnachricht als auch über eine Vorschlagbox an der WERKSTATT am Haus der Statistik konnten die Bürger*innen dazu ihre "Stimme abgeben". Die eingesendeten Sprachnachrichten wurden in Schriftform überführt und zusammen mit den Textnachrichten nach sozialwissenschaftlicher Methode ausgewertet. Dabei wurden sämtliche Nachrichten inhaltlich erfasst und miteinander in Kontext gesetzt. Auf der Website www.stimmenaufknopfdruck.de konnte man die Unterhaltung verfolgen und sich über eine interaktive Visualisierung die bereits eingegangenen Nachrichten ansehen.

Um die Diskussion trotz der zu dieser Zeit geltenden Kontaktbeschränkungen während der Pandemie anzuregen, wurde das Beteiligungsverfahren am 18.01.2021 gemeinsam mit den Bedarfsträger*innen sowie Gastredner*innen digital eröffnet – in einer zweistündigen öffentlichen Kick-off-Veranstaltung via Zoom. Für die nötige Aufmerksamkeit sorgten neben der PR-Aktivierung durch die Bedarfsträger*innen unter anderem begleitende Beiträge in der Lokalpresse und in den Sozialen Medien. Darüber hinaus wurde die Nachbarschaft über Postwurfsendungen sowie ein Video-Display in der WERKSTATT am Haus der Statistik informiert. Auf diese Weise konnten sich die Bürger*innen sowohl digital in Sprach- oder Textnachrichten als auch über die Vorschlagbox vor Ort zu Wort melden. Zusätzlich wurde das Projekt in der Bezirksverordnetenversammlung von Mitte sowie im Rahmen des digitalen Beteiligungsprogramms "Café Statistik" der ZUsammenKUNFT Berlin vorgestellt.



Trotz der erschwerten Umstände durch die Hygiene Sicherheitsmaßnahmen während der Pandemie konnte Stimmen auf Knopfdruck im Teilnahmezeitraum vom 18.01. bis zum 12.03.2021 insgesamt 160 Nachrichten sammeln.

Die Resultate des Projektes wurden in einem <u>Ergebnisbericht</u> festgehalten. Getreu des Mottos "Stimmen auf Knopfdruck" wurden die Ergebnisse darüber hinaus in einem <u>Podcast</u> vertont. In vier Folgen zu je einem der Überthemen wurden dabei exemplarisch einige der eingegangen Sprachnachrichten abgespielt



und gemeinsam mit Gästen der verschiedenen Akteursgruppen zur Diskussion gestellt.

1.3. Sonstige Aktivitäten

1.3.1 Entwicklung des Forschungsatlas "Sozialer Zusammenhalt"

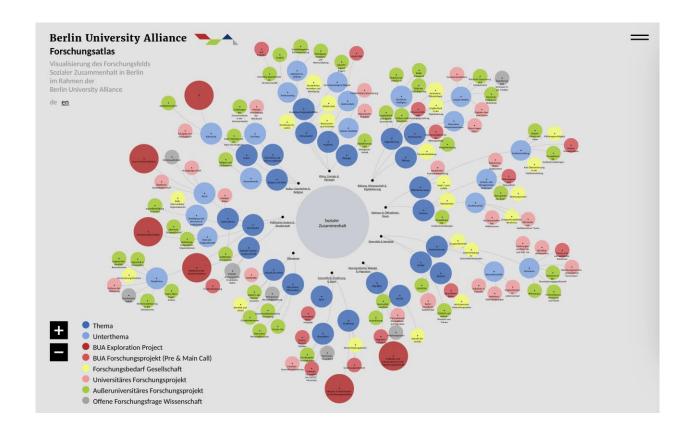
Im Auftrag der Berlin University Alliance (BUA) entwickelte die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform zwischen Dezember 2020 und April 2021 den Forschungsatlas "Sozialer Zusammenhalt". Der Forschungsatlas visualisiert die Forschungsthemen und -projekte dieses Themenfeldes im Berliner Forschungsraum und zeigt deren Schnittstellen und die Breite des Themenfeldes auf. Der Atlas ermöglicht es, neue Anknüpfungspunkte zwischen Themen und Akteur*innen zu entdecken, und bietet einen Überblick der Forschungsthemen. Damit wird eine Grundlage für Verständigung und transdisziplinäre Forschung geschaffen und ein neues digitales Tool für Wissensaustausch erprobt. In der Zusammenschau können sich darüber hinaus neue Netzwerke oder Frageräume eröffnen.

Im August 2019 hatte die BUA durch einen ersten Call for Proposals Berliner Wissenschaftler*innen zur Vernetzung, zur Themenbildung und -vertiefung eingeladen. 55 Projekte wurden zur Entwicklung eines Projektdesigns gefördert, wonach im Februar 2020 durch einen Main Call sechs Projekte zur Förderung ausgewählt wurden. Für die Erstellung des Forschungsatlas wurden alle 55 geförderten Projekte des BUA-Pre-Call Social Cohesion 2019 in 23 Themenblöcke geclustert (wie Sport, Kultur, Wohnen, Religion,



Klimawandel, Digitalisierung) und in einer Mindmap angelegt. Diese bildete die Grundlage für den ersten Entwurf des Forschungsatlas, der durch insgesamt 27 leitfadengestützte Interviews weiterentwickelt wurde. Die Interviews fanden zwischen Dezember 2020 und März 2021 vornehmlich mit Vertreter*innen Berliner Institutionen statt, davon elf aus der Wissenschaft, neun aus der organisierten Zivilgesellschaft, fünf aus der öffentlichen Verwaltung und zwei aus dem Wirtschaftssektor.

Die Auswertung der Interviews erfolgte qualitativ anhand der übergeordneten Fragen nach den wichtigsten Themen sozialer Kohäsion in den nächsten fünf bis zehn Jahren, nach Forschungsbedarfen sowie nach bedeutenden Akteur*innen und Projekten im Berliner Forschungsraum. Die Interviews unterstützten dabei, Schwerpunkte, Verbindungen sowie Lücken in den Themenbereichen zu identifizieren und offene Fragen aus Wissenschaft und Gesellschaft aufzuzeigen.



Dieser Forschungsatlas wurde unter https://viz.governance-platform.org/sozialer-zusammenhalt/ veröffentlicht. Der Atlas bot die Grundlage für einen Folgeantrag an die Technische Universität Berlin um nach Pandemie- Ende darauf aufbauend, eine Trialog-Reihe zu konzipieren.



2. Förderung von Transparenz und Partizipation durch globale Multi-Akteurs-Partnerschaften

Ziel der HUMBOLDT-VIADRINA ist es, demokratische Prozesse und passende Governance-Strategien in Deutschland, Europa und der Welt fördern. Weiterhin soll die Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren gefördert werden, um Verständigung durch einen argumentativen Austausch zugunsten nachhaltiger Politik zu ermöglichen und Transparenz, demokratische Partizipation und Verantwortlichkeit der Bürger zu stärken.

Wir konzentrieren uns dabei insbesondere auf die beiden Good Governance-Grundprinzipien **Transparenz** der Entscheidungen und **Partizipation** derjenigen, die Entscheidungen unterworfen sind. Beide Grundprinzipien spielen als identitätsstiftende, vertrauensbildende und gemeinschaftlichkeitsfördernde Elemente eine herausragende Rolle

Unser Verständnis von Good Governance geht normativ von verfassten Demokratien aus, deren Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse durch neue Akteure und Verfahren ergänzt werden müssen, um die Prinzipien Verantwortlichkeit, Transparenz und Partizipation wirksamer umzusetzen. Im politischen Bereich müssen auf allen Ebenen im vorstaatlichen Raum Verständigungsprozesse dafür sorgen, dass die repräsentativ-demokratisch legitimierten Entscheidungen transparenter, kompetenter und gerechter ausfallen, um der gleichen Würde aller Menschen – dem normativen Fundament von Demokratien - besser zur Wirksamkeit zu verhelfen. Als effektiv und erfolgreich dafür haben sich argumentative Auseinandersetzungen - "Deliberation" und "antagonistische Kooperation" - zwischen staatlicher Politik, Vertretern des Unternehmenssektors und der organisierten Zivilgesellschaft (einschließlich Gewerkschaften und Kirchen) herausgestellt. Zugleich soll die Wissenschaft ihre Einsichten Auseinandersetzung einspeisen und Medien für die Kommunikation dieser Verständigungsprozesse sorgen.

Good Governance ist kein abgeschlossenes Modell, sondern lernt aus Erfahrungen und entwickelt sich immer weiter, um dem Ziel der gleichen Würde aller Menschen global zur Durchsetzung zu verhelfen. Die Förderung der Good Governance und des demokratischen Staatswesens möchten wir durch verschiedene Projekte unterstützen, die jeweils einen Multi-Akteurs-Ansatz verfolgen. Durch das Zusammenbringen der unterschiedlichen Positionen der verschiedenen Akteure können sie neue Lösungshorizonte eröffnen, gegenseitiges Verständnis fördern und Lernprozesse anregen. Sie bieten die Chance, festgefahrene gesellschaftliche Debatten aufzubrechen und die Problemdefinition aus einer stärker integrierten Sicht zu betrachten.



2.1. Förderung von Transparenz des Klimahandelns der G20-Staaten





Um die Folgen des globalen Klimawandels zu minimieren, ist eine schnelle Dekarbonisierung durch ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen von Staaten unabdingbar. Die Umsetzung des Pariser Abkommens und die Analyse der nationalen Klimabeiträge (NDCs) erfordern ein transparentes Monitoring System. Erhöhte Transparenz von Klimaschutzmaßnahmen, insbesondere durch unabhängige evidenzbasierte Assessments, kann zur Bewusstseinsstärkung und erhöhtem Handlungsdruck beitragen.

Eine schnelle Dekarbonisierung erfordert eine starke Führungsrolle von Regierungen – die G20, verantwortlich für drei Viertel der globalen Treibhausgase, ist hier die wichtigste Ländergruppe. Die Covid-19 Pandemie stellt seit Anfang 2020 eine zusätzliche Herausforderung für Klimamaßnahmen. Viele Länder haben Corona Hilfspakete eingeführt. Nicht viele enthalten signifikante Maßnahmen zur nachhaltigen Minderung der Treibhausgase ("Green Recovery"). Obwohl die Lockdowns in 2020 zu einer Reduktion der Emissionen geführt haben, gab es gegen Endes des Jahres einen schnellen Rebound. Dieser Trend hat sich 2021 fortgesetzt. Die jährliche UN-Klimakonferenz (COP26) wurde auf das Jahr 2021 verschoben. Die auf der konferenz in Glasgow getroffenen Entschlüsse der globalen Staatengemeinschaftdeuten einen größeren Stellenwert des Themas an, die Beschlüsse sind jedoch zum größten Teil nicht bindend.

Transparenz verbessern: Gemeinsames Handeln verlangt gemeinsame Referenzrahmen und erhöhte Transparenz. Um dies zu erreichen, vereint Climate Transparency die wichtigsten Klima-Assessments und Expertise verschiedener Institutionen aus G20 Ländern in dem jährlich erscheinenden Climate Transparency Report (früher "Brown to Green Report"). Gemeinsam zeigen Experten anhand von unabhängigen, vergleichbaren und umfassenden Daten (ca. 100 Indikatoren) auf, wie weit der Umbau von der fossilen zur grünen Wirtschaft in den einzelnen G20 Ländern fortgeschritten ist und vergleicht die Klimaschutz sowie in 2020 die Corona Hilfspackete der G20 Länder. Neben den 20 Länderprofilen der G20 wurde in 2021 auf eine kurze und prägnante Zusammenfassung der wichtigsten Ergebniss in dem sogenannten Highlights Report gesetzt. Der Bericht enthält anschauliche Informationen zu die



Adaptation, Emissionsminderung, und Finanzen. Der Bericht wurde auch 2021 mit eine umfangreichen Medienstrategie und Briefings von Regierungsvertretern der G20 Länder unterstützt.

Einfluss von Assessments auf Klimapolitik steigern: Mithilfe dieser Informationen möchte Climate Transparency das Bewusstsein auf nationaler und internationaler Ebene stärken und den Handlungsdruck bei politischen Entscheidungsträgern und einflussreichen Akteuren aus der Zivilgesellschaft und dem Finanzsektor erhöhen. Informationsveranstaltungen, Workshops, Medienarbeit sowie gezielte Briefings (in 2021 vor allem digital) in verschiedenen G20 Ländern sollen die nationale Klimadebatte über den internationalen Vergleich anregen.

Co-Chairs der Initiative: Alvaro Umaña (ehemaliger Umweltminister Costa Ricas) und Peter Eigen (Humboldt-Viadrina Governance Platform).

Internationales Sekretariat: HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform in Kooperation mit Climate Analytics gGmbH.

Partner 2021: Centro Clima (Brasilien), Climate Analytics (Deutschland/Australien), Energy Systems Research Group (Südafrika), Energy Research Institute (China), Fundación Ambiènte y Recursos Naturales (Argentinien), Initiativa Climática de México (Mexiko), Institute for Essential Service Reform (Indonesien), Institute for Global Environmental Strategies (Japan), Institute for Sustainable Development and International Relations (Frankreich), Germanwatch (Deutschland), NewClimate Institute (Deutschland), Overseas Development Institute (Großbritannien) and The Energy and Resources Institute (Indien). Neu hinzugekommen in 2021 ist das Canadian Institute for Climate Choices (Kanada).

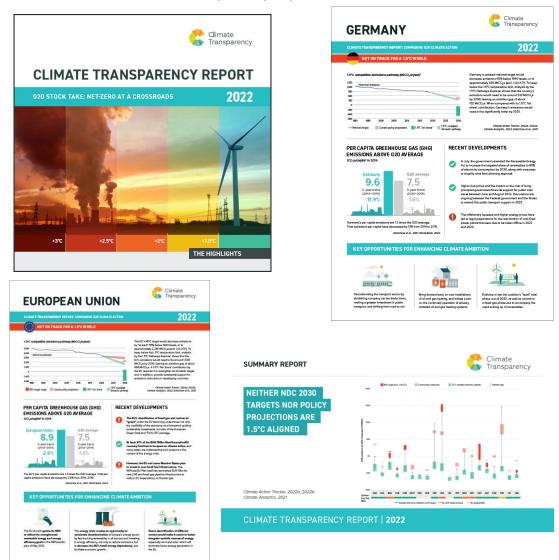
Förderer 2021: Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU - IKI), ClimateWorks Foundation, European Climate Foundation, World Bank Group

Der <u>Climate Transaprency Report 2021</u> und dazugehörigen 20 Länderprofile sind u.a. auf Climate Transparency Webseite verfügbar. Auf Anfrage sind auch die Profile von sechs weiteren (nicht-G20) Ländern – Bangladesh, Kolumbien, Nepal, Nigeria und Philippinen, Vietnam – verfügbar.

www.climate-transparency.org



Eindrücke aus dem Climate Transparency Report 2021:



Was hat Climate Transparency 2021 erreicht?

Im Zentrum der Arbeit von Climate Transparency stand auch in 2021 der Climate Transparency Report, der Flaggschiff-Bericht der Partnerschaft.

Zum Launch des Berichtes im Oktober 2021 wurden eine internationale Pressemitteilung sowie länderspezifische Pressemitteilungen in Argentinien, Brasilien, Deutschland, Indien, Mexico, Südafrika und zusätzlich in Kanada an die Medien gesendet. In 2021 hat das Sekretariat zusätzlich eine internationale Onlineveranstaltung zum Launch des Climate Transparency Reports 2021 organisiert. Insgesamt nahmen 206 Teilnehmer teil. Es wurden in diesem Zusammenhang zahlreiche Interviews, z.B. für BBC, CNN Brasil oder Deutschlandfunk gegeben.

Die Partner in Argentinien, Brasilien, Mexico und Südafrika organisierten on-line Launch Veranstaltungen organisiert. An den vier nationalen Online Launch Events haben insgesamt 173 Teilnehmer teilgenommen.



Außerdem wurde den Climate Transparency Report 2021 an mehreren Briefing Meetings u.a. für das britische COP Team, Europäische Kommis-sion (DG Clima, DG Energy) GIZ und BMU sowie auf einem von Cli-mateWorks Foundation präsentiert.

Weitere Arbeiten von Climate Transparency umfassten die Erstellung von drei Länderprofilen von Nicht-G20-Ländern (Bangladesh, Nepal, und Vietnam) im Rahmen eines durch die Weltbank geförderten Projektes. Die Profile fanden Eingang in die Diskussionen um Länderstrategien der Weltbank-Länderteams.

Hinzu kam eine Fortführung des bereits in 2020 begonnenen, durch das Auswärtige Amt geförderten Projektes zur Durchführung von länderübergreifenden digitalen Dialogen zum Kohleausstieg in China, Japan und Südkorea. Die Projektform wurde im Verlauf des Jahres mit einer thematischen Neuausrichtung (internationale Finanzierung des Kohleausstiegs) mit Japan, Indonesien und Südkorea weitergeführt.

Zwei weitere methodologische Weiterentwicklungen für den Climate Transparency Report wurden in 2021 begonnen. Zum Einen wurde mit finanzieller Unterstützung der GIZ begonnen eine Methode zur Einordnung staatlichen Handelns für nachhaltigere Finanzsektoren zu entwickeln. Zum anderen wurde mit der Entwicklung des Implementation Check begonnen, einer Methode zur Erfassung des Umsetzungsgrades von Klimaschutzpolitiken. Beide Arbeiten wurden 2022 fortgeführt und abgeschlossen.



2.2 Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Europa als gemeinsame kommunale Entwicklung

Gemeinsam mit vielen Partner*innen haben wir es in den letzten Jahren geschafft das Thema der kommunalen Aufnahme von Geflüchteten, das Anfangs als randständig betrachtet wurde, in den Mittelpunkt der Debatte um die europäische Migrations- und Asylpolitik zu rücken. Gab es zuvor kaum Aufmerksamkeit für kommunale Akteure sowie städtische und regionale Initiativen, so ist heute in lösungsorientierten Debatten zur Flüchtlingspolitik an Städten und ihrer Zivilgesellschaft nicht mehr vorbeizukommen. Die Lage in Afghanistan und an der Polnisch-Belarussischen Grenze haben im Jahr 2021 auch noch mal verdeutlicht, dass die EU und die neue Bundesregierung dringend neue Lösungswege in der Frage der solidarischen Aufnahme und nachhaltigen Integration von Geflüchteten brauchen. Wir haben dafür über viele Monate fundiertes Hintergrundwissen zum Thema bereitgestellt, wichtige Akteur*innen in der Praxis vernetzt und sichtbar gemacht und politische Initiativen angestoßen. Die wichtigsten Stationen und Meilensteine stellen wir im Folgenden dar.

Veröffentlichung des Rechtsgutachtens zum Europäischen Integrations- und Entwicklungsfond

Ein <u>Europäischer Integrations- und Entwicklungsfond</u> soll Kommunen, die bereit sind, Geflüchtete auf freiwilliger Basis aufzunehmen, Mittel für die Aufnahme- und Integrationskosten zur Verfügung stellen und dies mit zusätzlichen Mitteln für die eigene Kommunalentwicklung fördern. Aus unionsrechtlicher Perspektive stellt sich zunächst die Frage, ob sich aus dem Primärrecht eine Kompetenz der Europäischen Union für die Gründung eines solchen Fonds herleiten lässt. Das <u>Rechtsgutachten</u>, das von der Friedrich Ebert Stiftung auf unseren Vorschlag hin in Auftrag gegeben wurde, geht genau dieser Frage nach. Die Ergebnisse des Gutachtens sowie deren Implikation für unsere zukünftige Arbeit zum Europäischen Integrations- und Entwicklungsfonds wurden bei einem von uns moderierten Online- Panel u.a. mit einem Bürgermeister, Vertreter*innen des EPs, der Kommission und der Gutachterin



diskutiert. Im Anschluss wurde ein <u>Highlight-Video zur Veranstaltung</u> veröffentlicht. Im Rahmen der Veranstaltung haben wir zudem einen Artikel ("<u>Kommunen können das"</u>) mit unseren Konzepten auf der Themenseite Flucht, Migration, Asyl der Friedrich-Ebert Stiftung veröffentlicht.

Das Thema wurde ebenfalls auf dem European Social Forum on Migration (FSEM) auf einem von uns moderierten Panel diskutiert: "Resilience and Resources at the local level: How European funding can contribute to a more solidarity-based narrative about refugees."

Ende des Jahres haben wir außerdem ein <u>Policy Brief</u> zur direkten EU Finanzierung für Städte und Gemeinden veröffentlicht.



Veröffentlichung des Buchs "Europa versagt. Eine menschliche Flüchtlingspolitik ist möglich" im S.Fischer-Verlag



ersten Halbjahr haben wir intensiv am Manuskript für das Ende August veröffentlichte Buch im S.Fischer-Verlag gearbeitet. Darin wenden wir uns gezielt gegen das Versagen Europas: die unmenschliche Flüchtlingspolitik. Nach detaillierten Ausführung, EUwarum die Flüchtlingspolitik im Widerspruch den europäischen Werten und zum international anerkanntem Völkerrecht steht, gehen wir auf konkrete Lösungsvorschläge für eine menschliche Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene ein. Viele

unserer Konzepte und Vorschläge werden in dem Buch detailliert ausformuliert und weitergedacht.

Die <u>Buchpremiere</u> fand im September im Pfefferberg-Theater in Berlin mit Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn statt. Weitere Veranstaltungen und Gespräche zum Buch folgten, unter anderem <u>in Potsdam mit dem Oberbürgermeister Mike Schubert</u> und in Berlin mit der Grünen-Abgeordneten Franziska Brantner und Till Rummenhohl, stellvertretender Vorsitzender von SOS Mediterranee.

Das Buch wurde von der Presse positiv rezipiert, u.a. von der <u>Süddeutschen Zeitung</u>, die das Buch im September in ihre Liste "<u>Bücher des Monats"</u> aufgenommen hat. Im Tagesspiegel erschien ein Vorabdruck "<u>Menschliche Flüchtlingspolitik hilft uns allen"</u>. Auf <u>SWR2</u> und im <u>Deutschlandfunk</u> berichtete Gesine Schwan über das Buch und sprach über Grundsätze der kommunalen Integrationsinitiative wie die Freiwilligkeit der Aufnahme und die Idee eines Matchings.

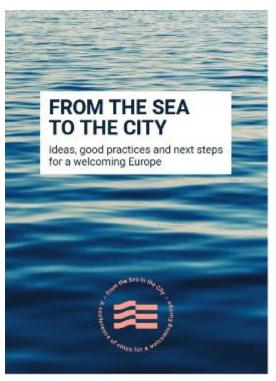
From the Sea to the City

Seit 2019 haben wir in Deutschland und Europa ein Netzwerk aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Graswurzelbewegungen und kommunalen Vertretern mit aufgebaut (*From the Sea to the City*). Das Konsortium besteht aus den Städten Palermo und Potsdam, Seenotrettungsorganisationen aus drei Ländern (Deutschland, Spanien und Italien), etablierten NGOs wie *Emergency* (ähnlich wie *Ärzte ohne Grenzen*) sowie den Graswurzelbewegungen *Seebrücke* und *Europe Must Act*. Über *From the Sea to the City* hinaus haben wir eine Allianz aus sehr unterschiedlichen Akteur*innen gebildet, weil wir überzeugt sind, dass durch die Vielfalt der Perspektiven bessere und kreativere Lösungsmöglichkeiten geschaffen werden und wir über Organisationen wie die *Evangelische Kirche Deutschland* in die Breite der Gesellschaft hinein wirken können. Die gemeinsame Arbeit und Koordination im Netzwerk schaffen außerdem Synergien, erhöhen die Wirksamkeit und stärken durch Austausch und Reflexion die Resilienz und Motivation der handelnden Akteur*innen.

Im Rahmen von From the Sea to the City haben wir uns dieses Jahr auf zwei Schwerpunkte fokussiert: a) die Veröffentlichung von einem gemeinsamen Report mit Handlungsempfehlungen für Städte, b) die Organisation der Städte-Konferenz in Palermo.



Publikation From the Sea to the City - Ideas, good practices and next steps for a welcoming Europe



Diese erste gemeinsame <u>Publikation</u> des Konsortiums *From the See to the City* enthält Schlüsselempfehlungen und Best Practices im Bereich der europäischen Migrations- und Asylpolitik. Die Empfehlungen richten sich an Vertreter*innen der EU, Bürgermeister*innen, Vertreter*innen von Kommunen und an die Zivilgesellschaft. Die Empfehlungen wurden aus dem Austausch und den Diskussionen einer Online-Diskussionsreihe im Jahr 2020 gezogen. Die Online-Panels können <u>hier</u> angesehen werden.

Das erste Kapitel der Publikation befasst sich mit der ersten Forderung von *From the See to the City*: eine engere Zusammenarbeit zwischen Städten und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für einen Wandel der Migrationspolitik in der Europäischen Union (EU) einsetzen. Ein langfristiger, umfassender Ankunftsund Aufnahmemechanismus, in dessen Mittelpunkt europäische Kommunen stehen, erfordert neue Strategien zur Schaffung legaler Korridore nach und durch Europa. Kapitel 2 beschäftigt sich damit und erläutert u.a. das Modellprojekt von Mediterranean

Hope. Die Sicherstellung einer aktiven Rolle für Städte und zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Verwaltung von EU-Mitteln wird in Kapitel 3 behandelt. Die Pandemie erforderte Notfallmaßnahmen zur Verteidigung einer menschenrechtsbasierten Politik in den Bereichen Gesundheit, Wohnen, Bildung und Arbeit. Diese Aspekte werden in Kapitel 4 behandelt.

Der Report wurde über die digitalen Kanäle des Konsortiums verbreitet und auf der Konferenz in Palermo verteilt.

b) Städte-Konferenz in Palermo

Das Konsortium *From the Sea to the City* wollte einen Schritt weitergehen und ein europäisches Netzwerk solidarischer Kommunen schaffen. Dafür fand das Konsortium zwei wichtige Verbündete: Leoluca Orlando, Bürgermeister von Palermo und seit langem Verfechter für die Rechte von Migrant*innen, und Mike Schubert, Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, die das Bündnis Sichere Häfen in Deutschland koordiniert. Das gemeinsame Ziel: eine europäische Konferenz der Städte für ein solidarisches Europa. Hier sollte der Grundstein für ein europäisches Netzwerk solidarischer Kommunen gesetzt werden.

Über 33 Städte aus verschiedenen europäischen Ländern sowie verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen folgten der Einladung zur Konferenz und trafen sich in Palermo und online, um über Alternativen und Möglichkeiten für pragmatische und menschenrechtsbasierte Lösungen zu diskutieren und somit einen Beitrag für den Schutz der Rechte von Menschen auf der Flucht zu leisten. "Die derzeitige Strategie funktioniert heute nicht und wird auch in Zukunft nicht funktionieren, deshalb müssen wir eine neue Strategie entwickeln. Europa muss es tun, wir sind bereit, unsere Hilfe zu geben", so Simone Lange, Bürgermeisterin von Flensburg, die auch in Palermo anwesend war. Die Konferenz bot Städten die Möglichkeit, ihre aktive Rolle in der europäischen Migrationspolitik zu bekräftigen, die Sichtbarkeit ihrer



Aufnahmebereitschaft sowie ihrer Interessen auf EU-Ebene zu erhöhen, andere Städte zum Handeln zu ermutigen und stärkere Allianzen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu bilden.

Während der Konferenz stellten die Bürgermeister*innen eine gemeinsame Erklärung mit dem Titel "Menschlichkeit, Solidarität und Freiwilligkeit" vor (hier in verschiedenen Sprachen). Diese kann als eine direkte Antwort auf die europäische Migrationspolitik gelesen werden. Darin heißt es: "Als Städte verfolgen wir die Pläne der EU-Kommission und der EU-Staaten für einen neuen "Migrationspakt' mit großer Sorge. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden ein "weiteres Moria' nicht verhindern". Klare Forderungen gingen an die europäischen Institutionen und Nationalstaaten. Ein individuelles Recht auf Asyl und das Ende der Lagerpolitik an den EU-Außengrenzen sind hierbei zentraler Bestandteil. Abermals erklärten Städte außerdem ihre Bereitschaft zu einer zusätzlichen und direkten Aufnahme von Menschen auf der Flucht und sprachen sich für gesonderte und individuelle Aufnahmekontingente auf lokaler Ebene aus. Darüber hinaus bestehen die Unterzeichner*innen auf direkte EU-Finanzierungen, die es aufnahmebereiten Kommunen gestattet eine pragmatische Einwanderungspolitik umzusetzen, ohne dabei die Rechte der fliehenden Menschen außer Acht zu lassen. Wichtig bleibt dabei die Bereitschaft für eine enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen.





Marseille, Villeurbanne, Trier, Kiel, München, Heidelberg, Gütersloh, Bergamo, Lampedusa, Pozzallo, Reggio Calabria, Rottenburg, Flensburg, Göttingen, Braunschweig, Greifswald, Mannheim, Leipzig, Northeim, Dormagen, Münster, Jülich, Bonn, Marburg, Dortmund, Darmstadt, Würzburg und Tirana.

Um auch in Zukunft eine Teilhabe an politischen Prozessen einzufordern, wurde während der Konferenz die "Internationale Allianz der Sicheren Häfen" gegründet, in der sich Städte gemeinsam für eine stärker an den Menschenrechten orientierte Migrationspolitik auf europäischer Ebene einsetzen wollen. Die Stadt Potsdam bot an, die Koordination des neuen Netzwerks zu übernehmen.

Neben der physischen Städte-Konferenz fanden parallel 5 online Panels, die ausschließlich von From the Sea to the City organisiert worden sind und bei dem Zivilgesellschaft noch mal mit Städten und Kommunen in den Austausch gekommen sind. Während der Konferenz From the Sea to the City ist MIDI an verschiedenen Veranstaltungen beteiligt gewesen. Gesine Schwan nahm an den beiden Panels "A new way forward: Cities and Civil Society for a Welcoming Europe" und "Creating Welcoming Cities with direct EU funding" teil. Malisa Zobel eröffnete die Konferenz, moderierte das Panel "Creating



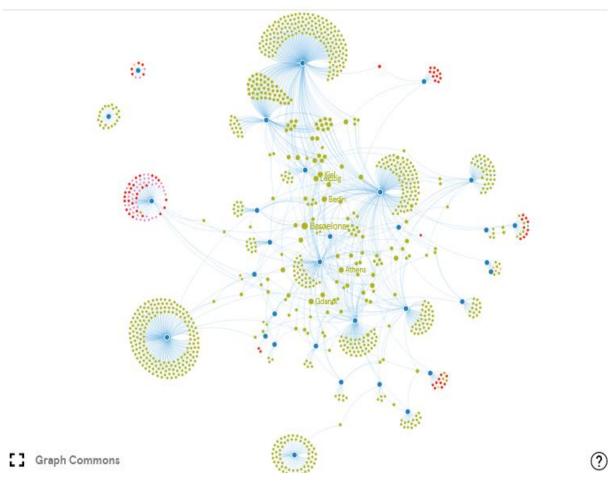
Welcoming cities withdirect EU funding", an dem u.a. Vertreter*innen der Städte Bologna und Amsterdam teilnehmen, und co-moderierte die internen Beratungen der Bürgermeister*innen, aus der die Abschlusserklärung hervorgeht. Johannes Krabbe präsentierte das von der HVGP entwickelte Visualisierungs-Tool (mehr dazu weiter unten) auf dem Panel "Another migration politics is already happening: learning from welcoming cities".

Eine Auswahl des <u>Presseechos</u> kann hier angesehen werden. Ein <u>Highlight Video</u> ist hier verfügbar. Alle Panels können <u>online</u> angeschaut werden. Giulia Fellin veröffentlichte im Nachklang der "From the Sea the City" Konferenz gemeinsam mit Liza Pflaum und Hannah-Milena Elias von der Seebrücke auf dem Online Portal der <u>Heinrich-Böll Stiftung</u> einen Artikel unter dem Titel "Ein solidarisches Europa der Kommunen". Malisa Zobel und Gesine Schwan waren zu Gast bei dem Podcast "<u>Cities of Refuge</u>" und haben über die Entstehung von From the Sea to the City, die Konferenz in Palermo und die neue Allianz berichtet.

Interaktives Mapping Tool

Während sich andere Projekte in diesem Jahr bemüht haben progressive Praktiken und Städte zu kartieren (siehe Moving Cities und Welcoming Europe), haben wir uns, dank der Finanzierung der Open Society Foundations, spezifisch mit den schon bestehenden Netzwerken beschäftigt. Um diese sichtbar und zugänglich zu machen, haben wir ein digitales **interaktives Mapping-Tool verwendet.**

<u>Unsere Karte</u> visualisiert **relevante Netzwerk**e, die zu den Themen Migration, Aufnahme, Integration und verwandten Themen arbeiten. Wir haben **über 1.200 Akteure und über 25 Netzwerke** kartiert. Bei den





meisten handelt es sich um Netzwerke von Städten und Gemeinden, bei anderen um zivilgesellschaftliche Netzwerke, die eng mit Städten und Städtenetzwerken zusammenarbeiten.

Die Karte soll Akteuren aus der Zivilgesellschaft, Kommunen, Forscher*innen und Aktivist*innen einen Überblick über bestehende Netzwerke und Akteure auf europäischer Ebene geben, Verbindungen und Möglichkeiten für neue Allianzen aufzuzeigen. Gleichzeitig zeigt das Visualisierungstool den politischen Entscheidungsträgern, dass viele europäische Akteure bereit sind, Veränderungen herbeizuführen und sich bereits aktiv dafür einsetzen.

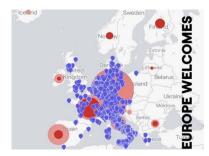
Während der Recherchearbeit haben wir Interviews mit Akteur*innen aus unterschiedlichen Bereichen geführt. Dadurch haben wir selbst neue wichtige Kontakte geknüpft und die Basis für zukünftige Zusammenarbeit gelegt, u. a. mit Sanctuary Cities UK, Anvita, Eurocities, European Coalition of Cities against Racism. Sehr eng verlief auch der Austausch mit der Seebrücke mit dem Ziel, jeweils Karten zu erarbeiten, die sich ergänzen und nicht duplizieren.

Unsere Karte wurde bei einem Panel auf der Konferenz in Palermo vorgestellt. Für das erste Quartal 2022 planen wir ein größeres Netzwerktreffen zwischen den verschiedenen Koordinationen der verschiedenen Städtenetzwerke. Die Idee dazu entstand während unserer Interviews mit verschiedenen Netzwerken, die zwar teilweise voneinander wissen, aber ein großes Austausch- und Vernetzungsbedürfnis signalisiert haben.

Veranstaltungen zum Thema Vernetzung, Kommunen und Aufnahme:



Malisa Zobel moderierte die digitale Veranstaltung "Potentials and Limitations of Subnational Responses to the Migrant Question in Europe", die unter Mitwirkung des From the Sea to the City Netzwerk organisiert wurde.



Gesine Schwan diskutierte auf einem Panel auf der Veranstaltung "Europe welcomes: The role of municipalities in EU's asylum system" der Europäischen Grünen im Rahmen der Europe Welcomes Kampagne. Podiumsteilnehmer*innen waren Jeanne Barseghian, (Bürgermeisterin von Straßburg), Anne Dussart (Caritas Belgium), Júlia Trias (Barcelona Councillor's Office for Citizen Rights).





Malisa Zobel moderierte die von der Seebrücke Niedersachsen organisierte Panel-Diskussion "Von Moria in die Kommunen Niedersachsens? Podiumsgespräch zu Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Verantwortungsübernahme".

*innen waren Sophie Hinger (Wissenschaftlerin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien in Osnabrück), Dr. Christine Arbogast (Sozialdezernentin der Stadt Braunschweig) und Tareq Alaows (Aktivist der Seebrücke).

Weitere Publikationen

Von der Festung zum sicheren Hafen: Welche Möglichkeiten sicherer und geordneter Fluchtwege gibt es?

Gemeinsam mit Pauline Endres de Oliveira (Universität Gießen) hat Malisa Zobel auf dem Themenportal Flucht, Migration, Integration der Friedrich Ebert Stiftung einen Artikel über Hürden, Herausforderungen und Möglichkeiten sicherer und geordneter Fluchtwege veröffentlicht. Der Artikel endet mit einer Reihe von Empfehlungen, u. a. die Ausweitung humanitärer Aufnahmeprogramme als sichere Einreisealternativen und die Stärkung der Rolle von Städten und Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme.